

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/2067

GEW-STELLUNGNAHME ZU DRUCKSACHEN 20/830 UND 20/978 POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE BILDUNG IN DEN SCHULEN STÄRKEN

Die GEW sieht ebenso wie die antragstellenden Parteien die Notwendigkeit, die politische Bildung in den Schulen zu stärken. Wir unterstützen ausdrücklich das Ziel, die „Verbreitung von Populismus, Extremismus, Diskriminierung, Hate-Speech, Fake News und Verschwörungstheorien“ einzudämmen. Gerade die im Antrag angesprochenen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, wie z. B. Antisemitismus, sind große Probleme, denen wir mit fächerübergreifender politischer Bildung begegnen müssen.

Dabei findet politische Bildung an Schule in unterschiedlichen Formaten statt. Dazu gehören z. B. Veranstaltungen wie Schulbesuche durch lokale Politiker*innen oder Podiumsdiskussionen mit Kandidat*innen für anstehende Wahlen. Sie werden in der Regel von engagierten Lehrkräften oder Schülervvertretungen freiwillig und zusätzlich organisiert. Die derzeitige Verordnungslage gibt eine Verpflichtung zur Organisation derartiger Veranstaltungen über die zusätzliche freiwillige Arbeit hinaus nicht her. Eine Verpflichtung zur Ausweitung sehen wir kritisch. Es sollte allerdings nicht bei einzelnen Veranstaltungen und auch nicht dem Zufall überlassen bleiben, ob diese stattfinden. Entsprechende Qualifikations- oder Unterstützungsangebote für Lehrkräfte halten wir deshalb für erforderlich, ebenso einen Ausgleich für engagierte Lehrer*innen, die solche freiwilligen Leistungen erbringen.

Zudem teilen wir die Einschätzung, dass auch die außerschulische politische Bildung, wie sie der Landesbeauftragte für politische Bildung erbringt, einen wichtigen Beitrag für die politische Bildung leistet. Angebote sollten auf ein lebenslanges Lernen und eine nachhaltige politische Bildung ausgerichtet werden. Kürzungen, wie sie im Bundeshaushalt für die Bundeszentrale für politische Bildung geplant sind, lehnen wir ab. Die Politik darf die außerschulische politische Bildung nicht schwächen, sondern muss sie stärken. Angebote in der Weiter- und Erwachsenenbildung, beispielsweise von Volkshochschulen, Arbeit und Leben e.V. sowie anderen Trägern der politischen Bildung, brauchen klare Perspektiven.

Ein gutes Beispiel für Demokratiebildung sind auch die Demokratietage an Berufsbildenden Schulen und RBZ, die von der DGB Jugend durchgeführt werden.

Die Ausrichtung des Faches WiPo in Richtung einer stärkeren Berücksichtigung der Ökonomie halten wir nicht für erforderlich. Da die derzeitige Lehrkräfteausbildung im Fach Wirtschaft-Politik, beispielsweise an der CAU in Kiel, in der didaktischen Ausbildung für die ökonomische Lehre aber keine bzw. nur geringe Anteile vorsieht, bedarf es einer Veränderung im Aufbau des Studiums, ohne die Studierenden mehr zu belasten. Die Wirtschaftsdidaktik muss in diesem Kontext fest implementiert werden. Die Verbraucherbildung kann hierbei auch ein Teil des schüler*innenorientierten Unterrichts sein.

Die GEW lehnt es ab, in der aktuellen Situation die Kontingentsstundenafeln (insbesondere in der Orientierungsstufe) zu erweitern und das Fach WiPo bereits in der 5. Klasse verpflichtend aufzunehmen. Eine solche Änderung kann entweder nur zu Lasten anderer Fächer geschehen oder die Stundenpläne der Kinder zusätzlich füllen.

Ebenso sehen wir vor dem Hintergrund des allgemeinen Lehrkräftemangels, auch im Fach WiPo, die „Einführung eines verbindlichen Mindestkontingents des Faches WiPo von vier Jahreswochenstunden“ kritisch. Die Erfüllung dieses Ziels durch möglicherweise nicht oder nicht ausreichend ausgebildete Lehrkräfte erscheint uns fragwürdig. Denn gerade in der politischen Bildung bedarf es großer Sensibilität, um die Schüler*innen im Sinne des Beutelsbacher Konsens zur politischen Mündigkeit zu bilden. Daher ist die Ausweitung entsprechender Weiterbildungsmaßnahmen dringlich.

Politische Bildung und die Stärkung demokratischer Prozesse und Strukturen in der Schule sind nach Auffassung der GEW eine Querschnittsaufgabe, die im Schulalltag praktisch gelebt und umgesetzt werden muss. Sie findet in unterschiedlichen Formen und in unterschiedlichem Umfang in allen Fächern statt. Zur politischen Bildung gehört dabei zudem das (Er-)Leben von demokratischen Strukturen. Daher halten wir es für unterstützenswert, niedrige Hierarchien und demokratische Prozesse auch im Arbeitsalltag der Kolleg*innen zu implementieren, die Beteiligungsmöglichkeiten von Schüler*innen auszubauen und somit Mitspracherechte im System Schule insgesamt zu fördern und vorbildhaft zu leben. Konzepte für Klassenräte werden heute schon in vielen Schulen gelebt und sind in diesem Sinne ein wichtiger Baustein für das Lernen von Selbstwirksamkeit von Schüler*innen. Sie erfahren, dass sie aktiv Einfluss nehmen können. Auch halten wir den Ausbau von Partizipation in der frühkindlichen Bildung für einen weiteren Baustein, sofern diese vom Kind aus gedacht wird.

Das Erreichen des im Antrag der Regierungsfractionen genannten Ziels der „Verbreitung von Populismus, Extremismus, Diskriminierung, Hate-Speech, Fake News und Verschwörungstheorien vorzubeugen“ könnte dabei beispielsweise auch durch eine zukünftig angestrebte transkulturelle Kompetenz im gesamten Bildungsbereich forciert werden.

Kiel, 15.09.2023